

080/2002

Stuttgart, den 11.03.2002

Land baut Radwege wider willen

Grüne: Zweckbindung von Bundesmitteln zeigt Wirkung

Im Jahr 2002 wird das Land Baden-Württemberg nach Auskunft der Landesregierung Radwege entlang von Bundesstraßen in einer Gesamtlänge von rund 27 km bauen. Gegenüber 6 km im Jahr 2001 fertig gestellten Radwegen bedeutet dies mehr als eine Vervierfachung. Ab 2003 sollen sogar weitere 70 km in Angriff genommen werden. Das ergab eine kleine Anfrage des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen im Landtag Boris Palmer.

Hintergrund des plötzlichen Fortschritts für Radler im Land ist eine kleine, aber folgenreiche Vorschrift des Bundes. Auf Initiative des baden-württembergischen grünen Bundestagsabgeordneten Winfried Hermann wurde im Bundeshaushalt eine Zweckbindung von Bundesmitteln für den Radwegebau verankert. In der Vergangenheit konnten die Länder selbst entscheiden, welchen Anteil der für den Bundesstraßenbau gewährten Zuwendungen des Bundes sie für den Bau begleitender Radwege verwenden. Die neue Regelung durch den Bund sieht eine Verdoppelung der Investitionen in die Radwege und eine strikte Zweckbindung vor. Bundesweit müssen nun 100 Millionen € für den Radwegebau eingesetzt werden, auf Baden-Württemberg entfallen 11,3 Millionen €.

Dies geschah offenbar sehr zum Missfallen der Landesregierung, in deren Namen Verkehrsminister Müller in der Antwort auf Palmers Anfrage ausführt:

„Dabei haben sich die gesamten Mittel für das Land durch die Akzentsetzung für Radwege nicht erhöht, die hier erhöhten Beträge gehen zu Lasten der Ausgaben für den Um- und Ausbau an Bundesstraßen, mit dem z. B. kleinere Maßnahmen, die dem Verkehrsfluss oder der Verkehrssicherheit dienen, finanziert werden.“

Da sich bundesweit die Mittel für den Radwegebau nur verdoppelt haben, in Baden-Württemberg aber mehr als viermal so viel Radwegekilometer gebaut werden können, hat das Land in der Vergangenheit die Radler anscheinend besonders schlecht bedient.

Der begeisterte Radler Boris Palmer (im letzten Jahr 5000 km im Sattel): „Wenn man diese Landesregierung nicht zum Radwegbau zwingt, steckt sie das Geld lieber in zusätzliche Abbiegespuren und nennt das Verbesserung des Verkehrsflusses. Ob der Radfahrer im Morast oder zwischen den Autos fährt, spielt für die Straßenbaufetischisten im Verkehrsministerium keine Rolle. Die Vernunft kommt in diesem Fall ausschließlich von oben.“

Der jetzt sichtbar gewordene Erfolg ist ein Mosaikstein des von der grünen Bundestagsfraktion entwickelten Masterplan Rad. Ziel ist eine Verdoppelung des Radverkehrsanteils in den nächsten zehn Jahren.

(Hinweis an die Redaktionen: Die Landtagsdrucksache 13/581 enthält eine vollständige Liste aller Radwege entlang von Bundesstraßen, die im Jahr 2002 neu gebaut werden können.)